

Paradigmenwechsel

Syker Bauausschuss gibt grünes Licht für die Aufhebung der Straßenausbauausatzung

VON SARAH ESSING

Syke. Auch der Bauausschuss der Stadt Syke befürwortet mehrheitlich die Abschaffung der Straßenausbauausatzung (Strabs). Im Zuge seiner jüngsten Sitzung am Montagabend im Dorfgemeinschaftshaus Heiligenfelde stimmte er – wie der Finanzausschuss – bei einer Enthaltung dafür. In die Beschlussvorlage eingearbeitet waren bereits die Anregungen aus dem Finanzausschuss. Diese beinhalteten zum einen, dass zur Gegenfinanzierung der künftigen Straßenausbaukosten weder die Grund- noch die Gewerbesteuern erhöht werden. Zum anderen wurde ebenfalls aufgenommen, dass die freiwilligen und Pflichtleistungen grundsätzlich erhalten bleiben.

Wie die Mitglieder des Finanzausschusses, so stellte auch der Bauausschuss den Aspekt der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Entscheidung. Die Mobilität habe sich verändert, daher müsse sich nun auch die Systematik ändern, sagte Wilken Hartje (CDU). Seine Gruppe habe sich anfangs schwer getan mit der Abschaffung, räumte er ein. Jedoch nicht, weil man dies nicht wolle, sondern vielmehr, weil sich die Frage stellte: Wie finanzieren wir das? Seiner Fraktion sei es wichtig gewesen, dass dies nicht über Steuererhöhungen geschehe. Die nun vorgeschlagene Lösung, dass mehr für die Unterhaltung und Instandsetzung in den Haushalt eingesetzt werde, um eine Erneuerung so lange wie möglich hinauszuzögern, halte er daher für wichtig. Diesem „Paradigmenwechsel“ müsse man bei künftigen Diskussionen um den Haushalt nun eben Rechnung tragen und von vornherein einplanen. Er sei jedoch zuversichtlich, dass dies gelingt. „Wenn wir 50

Millionen Euro im Jahr bewegen, muss es möglich sein, dass wir als Kommune 300, 500 oder 700 000 Euro im Jahr auch mal in die Hand nehmen können, um unseren Straßenkörper wieder auf Vordermann zu bringen.“ Dem schloss sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder an.

Widerspruch gab es dagegen von Onno Buurman (SPD). Er befürchtet bei der Corona-Pandemie eine dritte Welle – und zwar eine wirtschaftliche, führte er aus. Das werde sich auch auf die kommunalen Haushalte auswirken, mahnte er. Die Folgen seien noch gar nicht absehbar, und damit auch nicht, wie sich der Haushalt der Stadt Syke in den kommenden Jahren entwickle, der nach bisherigen Prognosen ohnehin mit einem Minus abschließe. Es bleibe also nur der Griff in die Rücklagen. Die seien in Syke zwar gut gefüllt, es stelle sich jedoch die Frage, wie lange das so bleibe. Die nun vorgesehene Lösung bedrohe seiner Meinung nach daher alle freiwilligen Leistungen. Vor diesem Hintergrund sind Buurman die Alternativen, die durch die Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes Ende 2019 möglich geworden wären, nicht ausreichend diskutiert worden. Durch diese Änderungen hätten Grundstückseigner auf andere Weise entlastet werden können, etwa durch die Verringerung des zu verteilenden Aufwands, durch Zuschüsse Dritter, Vergünstigungen oder die Verrentung des Beitrages auf bis zu 20 Jahre. Er könne der Beschlussvorlage daher nicht zustimmen.

Dieser Argumentation folgte sein Parteikollege Karsten Bödeker nicht. Man werde bei der Finanzierung künftiger Straßenbauvorhaben eben Kompromisse eingehen müssen, bei der Schnelligkeit der Umsetzung so-

wie bei den Standards, führte er aus. Deshalb will die SPD-Fraktion zunächst auch keine Standards für bestimmte Straßen von vornherein festlegen. Das müsse die Erfahrung zeigen. Dem stimmte auch Marlene Früchtenicht (FWG) zu und sprach dabei von einer „bedarfsgerechten Flexibilität der Summen“.

Weiteres Thema in der zweiten Bauausschusssitzung innerhalb von elf Tagen war zudem die Aufstellung des Bebauungsplans für die neue Kita in Okel (wir berichteten) sowie die parallel laufende dazu erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans. Diese hatte der Generationenausschuss erst zwölf Tage zuvor auf den Weg gebracht. Er hatte

dafür plädiert, dass die Stadt ein eigenes Grundstück in Okel nutzt und die Kita in Mobilbauweise selbst errichtet, kein Investor. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass dringender Bedarf an Plätzen besteht und die Kita bis zum zweiten Halbjahr 2021 fertig sein soll (wir berichteten). Marlene Früchtenicht (FWG) machte nun darauf aufmerksam, dass quer über das angedachte Gelände eine Gasleitung verläuft. Sie fragte daher an, inwieweit dies die Errichtung einer Kita verhindern oder behindern könnte. Erster Stadtrat Thomas Kuchem versicherte, dies werde nun als erstes geprüft, sonst mache eine weitere Planung keinen Sinn.

SYKER KURIER

TAGEZEITUNG FÜR SYKE · BASSUM
BRUCHHAUSEN · VILSEN · TWISTRINGEN · LANDKREIS DIEPHOLZ

MITTWOCH, 2. DEZEMBER 2020 | NR. 281 | REGIONALAUSGABE

Kreiszeitung

Syker Zeitung • Stuhr-Weyher Zeitung

www.kreiszeitung.de

Mittwoch 02-12-2020

„Wir brauchen eine Kita“

Ausschuss für Bau und Umwelt stimmt für Aufstellung des B-Plans und Änderung des F-Planes

VON LARA TERRASI

Heiligenfelde – Im kommenden Jahr soll in Okel ein neuer Kindergarten stehen – wahrscheinlich als Mobilbau. Der Bauausschuss des Syker Rats ist am Montagabend wieder einen Schritt weiter gekommen. Einstimmig haben die Mitglieder empfohlen, den Bebauungsplan aufzustellen sowie parallel dazu den Flächennutzungsplan zu ändern.

Die dreizügige Kita/Kiga Okel soll auf einer Fläche von 8000 Quadratmetern an der Ecke Steinstücke/Zum Busch entstehen. Im zweiten Halbjahr 2021 solle sie fertiggestellt werden, informierte

Städteplanerin Yasmin Heinemann. „Für die Planungskosten inklusive Bodenuntersuchung stehen 16000 Euro an. Die sind im Haushalt als überplanmäßige Aufwendungen eingestellt.“ Eventuelle Kompensationsmaßnahmen werden noch ermittelt. Das würde zusätzliches Geld kosten, so Heinemann.

Marlene Früchtenicht (FWG): „Wir sind erfreut über den neuen Kindergarten.“ Sie findet es gut, dass er in Mobilbauweise gebaut werden soll. „Allerdings macht mir ein bisschen Sorge die Gasleitung, die da quer durch geht.“ Auf dem Plan sei sie nicht eingezzeichnet, „aber sie schneidet das Grundstück

fast mittig durch“. Erster Stadtrat Thomas Kuchem bedankte sich für den Hinweis und versicherte, dass zu allererst geprüft werde, ob es den Baukörper tangiert. „Wir gucken, ob die Leitung den Bau verhindert.“ Erst dann solle mit dem Verfahren begonnen werden.

Wilken Hartje (CDU) regte an, den Neubau den ortsüblichen Bauweisen anzupassen. Der Ausschuss für Generationen hatte sich einstimmig für eine Mobilbauweise ausgesprochen (wir berichteten). Hartje: „Massiver Bau ist sicherlich teurer, aber auch werthaltiger.“ Vor dem Ausschuss für Generationen sei seine Fraktion von einem massiven Bau ausgegangen. Bei der Mobilbauweise „möge man bitte auf die Gestaltung achten“.

Darauf Thomas Kuchem: „Was die Gestaltung angeht,

sind wir völlig frei. Da hat Mobilbau keine Vor- und Nachteile gegenüber dem Stein auf Stein.“

Gerd Thiel (Grüne) habe sich darüber gewundert, dass der Generationen-Ausschuss aus Kostengründen so entschieden hat. Er plädierte, nachhaltig zu bauen.

Kuchem machte jedoch auf die Dringlichkeit aufmerksam: „Wir brauchen eine Kita, möglichst bis zum 1. August 2021.“ Thiel: „Holzrahmenbau geht von heute auf morgen.“ Vorsitzender Jochen Harries sagte daraufhin: „Es geht ja erst mal um den Bebauungsplan und nicht um die Gestaltung und Klinkenauswahl.“

Weiteres Thema: Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs). Mehrheitlich stimmten die Ausschuss-Mitglieder dafür. Eine Gegenstimme gab es von der

SPD-Fraktion. Gerhard Thiel begrüßte die Abschaffung. „Als Grüne beschäftigen wir uns seit drei Jahren mit dem Thema.“ Er sagte, dass die alte Regelung ungerecht sei.

Reinhard Hansemann (FDP) findet, dass eine Kommune in der Lage sein sollte, ihre Straßen zu erneuern und zu erhalten. „Wir haben einen Haushalt von fast 50 Millionen.“ In den vergangenen Jahren sei mehr Geld für unwichtige Dinge ausgegeben worden. „Es ist insgesamt richtig, dass wir die Strabs abschaffen.“

Karsten Bödeker (SPD) führte aus: „Das Thema ist aktuell. Die Zeiten haben sich geändert. Straßen sind Investitionen wie alle anderen. Sie müssen aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden.“ Die finanzielle Situation der Stadt gebe das her.

„Was die Gestaltung angeht, sind wir völlig frei. Da hat Mobilbau keine Vor- und Nachteile.“

Erster Stadtrat Thomás Kuchem